

18. März - 16. April 1954

Reise nach Südafrika

vom

18. März - 16. April 1954.

Zwischenbericht

von

Herrn Generaldirektor A.C. Nussbaumer.



26.4.54. C

zurückhaltende Einstellung gegenüber dem überaus wichtigen  
Einwanderungsproblem und verstanden werden.

### Reise nach Südafrika

VOM

18. März - 16. April 1954

mit Ausnahme der Natives  
und Mischlinge ebenfalls die Russere  
Gefahr und sind bereit, alle in dieser Richtung gehenden  
Massnahmen der Regierung zu unterstützen. In der Durchfüh-  
rung dieser Politik und in der Auswertung der inneren Gefahr  
gehen die Zwischenbericht: mander, und es wird hauptsäch-  
lich von dieser Zwischenbericht: gemacht, dass die gewaltsame  
Unterdrückung (siehe Berichte von Capetown) nichtweissen Bevölkerung  
(8,5 Millionen Schwarze, 1,4 Millionen den Weissen grund-  
sätzlich

Es ist mir mehr als zuvor zum Bewusstsein gekommen,  
dass ein vierwöchentlicher Aufenthalt in der Union, besonders  
wenn es sich um den ersten Besuch handelt, nicht genügt, um  
über die verschiedenartigen Aspekte dieses Landes und beson-  
ders über die zukünftige Entwicklung des alles überragenden  
Rassenproblems ein verlässliches Urteil abzugeben.

Wenn wir ursprünglich unser Programm auf Johannes-  
burg und Capetown und auf die Prüfung der Verhältnisse bei der  
Goldminenindustrie sowie den "primary" und "secondary industries"  
beschränken wollten, so waren wir gut beraten, nicht nur die  
Meinungen der politischen Oppositionsführer (United Party,  
Liberal Party, Labour Party) und einer Reihe von Senatoren und  
Deputierten zu hören, sondern auch den neuen Industriegebieten  
an der Ostküste, den Reservaten der Natives (Negerbevölkerung)  
und den von der Regierung, den Provinzial- und Städtebehörden  
in Angriff genommenen und zum Teil durchgeführten Neusiedelun-  
gen einen kurzen Besuch abzustatten. Wir hatten dabei Gelegen-  
heit, von den lokalen Magistraten und District Commissioners  
über die jetzige Sachlage, die bisher erzielten Resultate und die  
Aufgaben für die Zukunft jede wünschbare Auskunft zu erhalten  
und das grösste Ansiedelungsgebiet und gleichzeitig die noch  
in ausgedehntem Umfange bestehenden unvorstellbaren Slums in  
Port Elizabeth in Augenschein zu nehmen. Schliesslich hatten  
wir auf Veranlassung von Parlamentsmitgliedern mit drei Führern  
des African National Congress (der indische Generalsekretär und  
2 prominenteste Negervertreter) längere Aussprachen und konnten  
durch diese zahlreichen Gespräche mit Führern aller Parteien  
einen Einblick in die politischen Verhältnisse und die schwer-  
wiegenden Zukunftsprobleme des Landes gewinnen. --

Die Zukunft der südafrikanischen Union kann meines  
Erachtens nicht nur als Problem eines Einzelstaates betrachtet  
und bewertet werden. Es ist ein Problem, das den Gesamtkontinent  
umfasst, und der Regierungschef, Dr. Malan, gab denn auch in der  
langen Unterredung, die er uns gewährte, offen zu, dass er hin-  
sichtlich der von Norden vordringenden Gefahr von aufgewiegel-  
ten nationalistisch oder kommunistisch beeinflussten schwarzen  
Bevölkerungssektionen beunruhigt sei. Er erklärte, dass diese  
Gefahr eine der Hauptursachen seiner Regierungspolitik gegen-  
über der nicht-europäischen Bevölkerung sei und seine Härte  
gegen kommunistische Einflüsse gegen die Gründung von rein  
schwarzen oder generell gemischten Gewerkschaften erkläre.  
Unter den gleichen Gesichtspunkten müsse seine stark

zurückhaltende Einstellung gegenüber dem überaus wichtigen Einwanderungsproblem gewertet und verstanden werden.

Alle Oppositionsführer, mit Ausnahme der Natives und Mischlinge (coloured) erkennen ebenfalls die äussere Gefahr und sind bereit, alle in dieser Richtung gehenden Massnahmen der Regierung zu unterstützen. In der Durchführung dieser Politik und in der Auswertung der inneren Gefahr gehen die Meinungen weit auseinander, und es wird hauptsächlich von diesen Seiten geltend gemacht, dass die gewaltsame Unterdrückung bzw. Zurückstellung der nichtweissen Bevölkerung (8,5 Millionen Schwarze, 1,4 Millionen den Weissen grundsätzlich nahestehende Mischlinge und 400.000 Inder) vom innerpolitischen Standpunkt aus kurzfristig sei und die sicherlich eines Tages kommende Auseinandersetzung mit dieser starken Uebermacht lediglich um ein oder zwei Jahrzehnte zurückstelle. Andererseits fördere die unnötige Härte der Regierung gegenüber der farbigen Bevölkerung die Bildung von Unruheherden besonders bei den schwarzen Industriearbeitern und der zwar noch dünnen aber sehr aktiven intellektuellen Schicht dieser Bevölkerung, die zweifellos gegebenenfalls eine akute Gefahr von Aussen unterstützen und verstärken würde.

Dr. Malan und seine Regierung lehnt diese versöhnlichen Tendenzen kategorisch ab und ist einstimmig der Auffassung, dass nur eine starke kompromisslose Politik sowohl im Innern wie nach Aussen die Existenz der Weissen als unbestritten führender Faktor der Union auf lange Sicht gewährleisten könne. Alle von uns begrüsst Mitglieder der Oppositionsparteien bedauern die Politik der Irritierung, der täglichen Nadelstiche und der (was sie nennen) gewollten Provozierung gegenüber der nichtweissen Bevölkerung und gehen so weit, der Regierung die Absicht zuzuschreiben, durch ihre Politik besonders die Natives aufzuwiegeln und zu Gewalttaten zu verführen, um alsdann mit noch grösserer Härte jeden Aufstand niederzuschlagen, alle unbequem gewordenen schwarzen und indischen Führer auf Lebenslänge unschädlich zu machen und sich damit wieder eine lange Periode der Ruhe und Hilflosigkeit der Nichtweissen zu verschaffen.

Wie dies bereits im ersten Bericht angetönt wurde, verdankt Dr. Malan seinen politischen Erfolg dem Umstand, dass er sich die langfristige Sicherung der Weissen im Meer der Schwarzen zum Ziel gesetzt hat, und es würde mich nicht wundern, wenn er seine Macht bei den Provinzwahlen im kommenden September weiter stärken und anschliessend sogar zu Neuwahlen im ganzen Lande schreiten würde, um seiner Partei auf viele Jahre hinaus eine starke, unbestrittene Majorität im Parlament zu sichern. In Anbetracht seines hohen Alters (80 Jahre) wird viel über einen Rücktritt Dr. Malan's im Laufe dieses Jahres gesprochen, doch scheint mir, dass ein solcher Schritt erst dann erwartet werden kann, wenn durch erfolgreiche Neuwahlen die Weiterführung seiner Politik der Härte als gesichert angesehen werden kann. Als vorübergehender Nachfolger wird allgemein der jetzige Finanzminister Havenga genannt, von dem zeichnete. Es ist natürlich betrüblich, dass sich die grossen weissen Parteien öffentlich bis auf's Messer bekämpfen, den Farbigen das Schauspiel der Uneinigkeit darbieten und den./.

eine verfeinerte, nach aussen weniger schroffe Haltung erwartet würde, der aber (auch in Hinsicht auf sein vorge-rücktes Alter und seine geschwächte Gesundheit) kaum auf lange Sicht über die nötige politische Stärke verfügen dürfte, um die Unterstützung der Majorität der nationalen Partei zu geniessen. Die jetzige Stärke Dr. Malan's und seiner Partei ist zu einem wesentlichen Teil der ausgesprochenen Schwäche der Oppositionsführer, u.a. des Vorsitzenden der United Party, Strauss, mit dem wir eine längere enttäuschende Aussprache hatten, zuzuschreiben. Allein aus dieser Besprechung, die zum grossen Teil aus Anklagen Strauss' gegen Dr. Malan bestand, konnten wir das Missverhältnis zwischen der Stärke der beiden grossen Parteien ersehen, wobei der United Party besonders in letzter Zeit grobe Fehler gegenüber der Regierung unterlaufen sind, die weiter dazu beigetragen haben, das Regime Malan's zu stärken.

Wie bereits im Vorbericht erwähnt wurde, sind sich die beiden grossen Parteien darüber einig, dass eine Teilung (Apartheid) zwischen Europäern und Farbigen gesucht und in irgend einer Form verwirklicht werden muss, wenn das Bestehen der weissen Rasse, der Schutz ihres Eigentums und ihrer wirtschaftlichen Errungenschaften sichergestellt werden soll. Dr. Malan will dieses Ziel durch eine schroffe Trennung der Europäer von den Farbigen durch eine dauernde Niederhaltung der letzteren und ihren Ausschluss von jeder auch allmählichen sozialen oder politischen Gleichstellung erreichen. Immerhin verfolgt die Regierung ein Programm der stufenweisen besseren Bildung und besonders der möglichst raschen Erhöhung des Lebensstandard der farbigen Bevölkerung, wobei aber gleichzeitig Methoden zur Entfernung aus der Nähe der Stadtgebiete der nach hunderttausenden zählenden schwarzen Schichten in Anwendung kommen, die für einen fremden Besucher ohne eine genaue Kenntnis der Sachlage kaum verständlich sind.

Die Oppositionsparteien gehen vom Standpunkte aus, dass durch die Beschäftigung von hunderttausenden von Schwarzen und Mischlingen in der Industrie bereits eine Integrierung der Farbigen in den Wirtschaftsprozess zur Tatsache geworden ist und deshalb auch ihre Rechte, allerdings im Rahmen der politischen Dominierung der Weissen und unter strikter Trennung auf sozialem Gebiet, geschützt und gesetzlich verankert werden müssen. Gleichzeitig wird eine Gleichstellung der Farbigen auf dem Schul- und Universitätswesen sowie auf dem Gebiete des Immobilienbesitzes angestrebt.

Die Oppositionsparteien gehen vom Standpunkte aus, dass durch die Beschäftigung von hunderttausenden von Schwarzen und Mischlingen in der Industrie bereits eine Integrierung der Farbigen in den Wirtschaftsprozess zur Tatsache geworden ist und deshalb auch ihre Rechte, allerdings im Rahmen der politischen Dominierung der Weissen und unter strikter Trennung auf sozialem Gebiet, geschützt und gesetzlich verankert werden müssen. Gleichzeitig wird eine Gleichstellung der Farbigen auf dem Schul- und Universitätswesen sowie auf dem Gebiete des Immobilienbesitzes angestrebt.

und dass eine aktive Zusammenarbeit zwischen den Farbigen unter Einschluss der "Coloureds" im Entstehen begriffen ist, während

Dass man sich bei den farbigen Intellektuellen keinen Illusionen hingibt inbezug auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen den grossen weissen Parteien ging klar aus der Unterredung mit dem schwarzen Extremistenführer in Port Elizabeth hervor (Arzt mit europäischer und amerikanischer Universitätsbildung), der die Politik der Regierungspartei als Vollmilch und jene der Opposition als verwässerte Milch bezeichnete. Es ist natürlich betrüblich, dass sich die grossen weissen Parteien öffentlich bis aufs Messer/bekämpfen, den Farbigen das Schauspiel der Uneinigkeit darbieten und den

Kampf der letzteren für die Gleichstellung auf allen Gebieten indirekt fördern.

Das Rassenproblem ist für die Union schlechterdings unlösbar und es bestehen auf lange Sicht zwei Möglichkeiten: Entweder die Vernichtung bzw. permanente Verknechtung der weissen oder farbigen Bevölkerungsschichten, oder ein Kompromiss zwischen den Beiden, der möglicherweise während einer Reihe von Jahrzehnten zu einer zeitbedingten verträglichen Zusammenarbeit führen könnte. Bei einem Vernichtungs- bzw. Unterwerfungsprozess dürfte kein Zweifel darüber bestehen, dass die farbige Bevölkerung endgültig die Oberhand gewinnen wird. Dass sich die weisse Bevölkerung auf die Dauer unterwerfen würde, dürfte ausgeschlossen sein, so dass, falls in den nächsten zwei Jahrzehnten keine Verständigung zustande kommen sollte, wohl mit einer Abwanderung des fremden und einheimischen Kapitals gerechnet werden müsste.

Wie steht es mit der Möglichkeit eines permanenten Kompromisses? Der Nationalen Partei wird bei der heutigen politischen Konstellation eine Regierungsdauer von 10 bis 15 Jahren vorausgesagt, was sicher nicht als günstiger Faktor für eine friedliche Angleichung zwischen den Weissen und den Farbigen gewertet werden kann; es wäre im Gegenteil zu befürchten, dass bei einer solchen Dauer des extremen nationalen Programms viel kostbare Zeit verloren ginge und es zu spät werden könnte, einen tragbaren Ausgleich mit den Farbigen zu finden. Es ist unzweifelhaft, dass sowohl in der Regierung als in den Oppositionsparteien Sektionen bestehen, die mit der Politik ihrer eigenen Parteiführer nicht einig gehen, und es wird hauptsächlich in allen Industrie- und Wirtschaftskreisen, die ohnehin in ihrer grossen Mehrheit der Regierung Dr. Malan's feindlich gegenüber stehen, gehofft, dass sich in absehbarer Zeit eine Spaltung sowohl in der Regierungspartei als in derjenigen der Opposition ergebe, und dass daraus eine neue starke Mittelpartei entstehe, die auf demokratischer Basis versucht, die bestehenden Gegensätze zu überbrücken und allmählich der farbigen Majorität der Bevölkerung jene sozialen und politische Rechte einzuräumen (direkte Vertretung im Parlament, in den Provinzial- und Städtebehörden), die ihnen heute versagt sind, immer unter der Bedingung, dass die weisse Führung auf allen Gebieten der Politik und der Wirtschaft dadurch nicht gefährdet wird. Ob eine solche Partei der Mitte rechtzeitig, d.h. ohne grosses Blutvergiessen und weitreichende Aufstände in der Zwischenzeit erstehen wird, ist fraglich. Es ist unzweifelhaft, dass es bei den führenden Kreisen der Natives und Inder gährt und dass eine aktive Zusammenarbeit zwischen den Farbigen unter Einschluss der "Coloured" im Entstehen begriffen ist, während eine solche Aktion in Hinsicht auf die seit jeher bestandenen tiefgehenden Gegensätze a) innerhalb der zahlreichen Negerstämme, b) zwischen den Natives, den Indern und den "Coloured" andererseits noch vor wenigen Jahren als ausgeschlossen oder unwahrscheinlich galt.

Es ist nicht unsere Aufgabe, die Politik der Regierung Dr. Malan's zu kritisieren, so sehr sie dem europäischen Empfinden der Gleichberechtigung und dem Begriff der

Ruhe und freundschaftliche Verträglichkeit besteht, die wir bei unserem unterhaltbägigen Besuch in Lourenço Marques ./.

Freiheit auf allen Gebieten widersprechen mag. Ich habe mich aber überzeugt, dass die Verhältnisse in der Union, die seit drei Jahrhunderten die wirkliche und einzige Heimat der altansässigen Europäer darstellt, für die keine Rückkehr in eine andere Heimat besteht, einen grossen Anspruch auf weitgehendes Verständnis für die besonderen Umstände und Lebensprobleme erheben dürfen und dass hier vielleicht Massnahmen und Einstellungen berechtigt sind, die andernorts als menschenfeindlich und gerechtigkeitswidrig verurteilt würden. Zuviel ist in den letzten Jahren in europäischen, besonders in englischen sowie in amerikanischen Zeitungen, über die Union geschrieben worden, wobei die Verhältnisse einseitig, oberflächlich oder unvollständig dargestellt wurden. Bei England ist die kritische Einstellung aus historischen und kolonialpolitischen Gründen verständlich, wobei sich die unfreundliche Haltung der Afrikaner gegenüber der englischen Bevölkerung ebenfalls ungünstig auswirkt, während bei den übrigen Ländern die Beurteilung meistens auf ungenügender Kenntnis der Verhältnisse und Probleme der Union beruht. --

Die Union kämpft und ist in Sorge um ihre Existenz; sentimentale Betrachtungen gegenüber den potentiellen Elementen der Gefahr müssten deshalb unfehlbar zur Vernichtung oder zum mindesten zur permanenten Schwächung der Position der Weissen führen, besonders wenn man bedenkt, dass die Negerbevölkerung allein in 15 Jahren gegen 19 Millionen zählen wird, im Vergleich zu 5 - 6 Millionen Europäer im besten Falle. über sich ergehen lassen müsste.

Ob die Regierung Dr. Malan's die unter den obwaltenden Verhältnissen besten Methoden zur Sicherung der weissen Oberherrschaft anwendet, kann in guten Treuen bezweifelt werden, hat sie doch zu einer Verbitterung in vielen bisher freundlich eingestellten farbigen Kreisen geführt, während bei grösserer Toleranz, einer gewissen Respektierung der vernünftigen Ansprüche der Natives und mit weniger brutalen Methoden wohl viele Reibungen, Gegensätze und akute Gegnerschaften hätten vermieden werden können. Meines Erachtens wäre die heutige Lage entspannter und für die Erhaltung des inneren Friedens weniger gefährlich, wenn, wie dies bei Smuts der Fall war, eine versöhnlichere Haltung auf allen Gebieten befolgt und den weitgehenden Ansprüchen der Extremisten unter den Farbigen durch einsichtiges Entgegenkommen die Spitzen abgebrochen worden wären. Es ist klar, dass heute gegenüber dem vereinigten Verlangen der politischen Führer der Natives, Coloured und Inder für totale Gleichberechtigung, speziell in der prozentualen Vertretung im Parlament, ein Nachgeben zum Untergang der weissen Rasse führen müsste. Ob anderseits ein rechtzeitiges Entgegenkommen auf die Dauer die Stellung der Weissen unverändert stark gesichert hätte ist fraglich, doch hätte eine solche Haltung sicherlich den Zweck erfüllt, das ganze Rassenproblem in ruhigen Bahnen zu behandeln und allmählich zu einem wenigstens teilweisen Ausgleich zwischen Schwarz und Weiss zu führen. Dass auf diesem Gebiet bei rechtzeitiger Voraussicht und der Eliminierung von irritierenden Vorschriften viel erreichbar gewesen wäre, zeigt das Beispiel von Moçambique (port. Ostafrika) wo bei 5,7 Millionen Schwarzen und kaum 93.000 sogenannten Zivilisierten (wovon 49.000 Europäer) eine Ruhe und freundschaftliche Verträglichkeit besteht, die uns bei unserem anderthalbtägigen Besuch in Lourenço Marques

überraschte und einen Vergleich mit der Union aufdrängte, der gar nicht zugunsten der letzteren ausfiel. Auch dort hat die grosse Masse keine Rechte, und bei Vergehen wird gegen die Schuldigen mit grosser Strenge aber Gerechtigkeit vorgegangen; hingegen besteht im täglichen Verkehr keinerlei Diskriminierung gegen die Schwarzen, was dazu führte, dass die letzteren von sich aus, ohne Zwang, eine weitgehende Trennung von den Weissen einhalten. Wichtig ist dort aber, dass jeder Schwarze, der sich über bestimmte Kenntnisse ausweisen kann, die Möglichkeit hat, assimiliert zu werden, was die volle portugiesische Staatsbürgerschaft mit allen politischen Rechten mit sich bringt. Auf 6,5 Millionen Natives gibt es heute nur 3800 Assimilados, was wohl zeigt, dass die portugiesische Regierung, die von Portugal aus die Geschicke der Provinz leitet, keine Eile an den Tag legt, die Zahl der Assimilados allzu rasch zu vermehren. Immerhin zeigen die Verhältnisse im stark agrarischen Moçambique, was im Verkehr mit den Natives erreicht werden kann, wenn auch ein wirklicher Vergleich mit der industrialisierten Union nicht möglich ist.

Das mit einer rasch eingeführten weitgehend liberalen Politik gegenüber den Natives nicht unbedingt günstige Resultate erzielt werden, zeigt die Erfahrung der Stadtverwaltung von Port Elizabeth (siehe Separatenotiz), welche praktisch keine Beschränkung gegen die Zuwanderung und Beschäftigung von Schwarzen eingeführt hatte, aber vor 1 1/2 Jahren als erste grosse Stadt der Union grosse Unruhen von Seiten der Natives über sich ergehen lassen musste.

Was wird die Zukunft für die Union bringen und wie soll sich das Fremdkapital zu Finanzierungen und Neuanlagen stellen?

Die vorstehenden Ausführungen vermitteln wohl insgesamt einen negativen Eindruck über die Zukunft der Union, und ich möchte die Gefahren, die sich aus der jetzigen politischen Sachlage für die Union von aussen und von innen ergeben, nicht bagatellisieren.

Dem gegenüber wäre es ein grosser Fehler, die schwarze Gefahr lediglich vom Standpunkte der zahlenmässigen Uebermacht aus zu beurteilen, was ohne Zweifel zu einer ungerichtfertigten Uebertreibung im negativen Sinne führen müsste. Die grosse Masse der Natives ist ausgesprochen friedfertig, phlegmatisch und arbeitsscheu und nimmt an den grossen politischen Problemen kaum aktiven Anteil. Ihr Ideal ist so wenig als möglich zu arbeiten, so dass zum Beispiel die von den Goldminen und zahlreichen Industrien beschäftigten Natives in der Regel nur 9 - 12 Monate arbeiten und alsdann mit dem Gesparten wieder auf das Land oder in ihre Siedelungen zurückkehren. Das will nicht heissen, dass die Natives für die politischen Probleme kein Verständnis aufzubringen vermögen, und die Gefahr liegt im Grunde darin, dass die in der Industrie beschäftigten Natives eine halbgebildete Klasse darstellen, die in der Vereinfachung der ihre Zukunft betreffenden Probleme mit der Zeit zu einer politischen Gefahr werden könnten. Was sie am meisten interessiert, ist ihre wirtschaftliche Besserstellung und die dadurch zu erreichende Möglichkeit, ihr Leben und ihre Ansprüche in gewissem Sinne denjenigen der Weissen anzupassen.

Insgesamt ist zu berücksichtigen, dass von den 8,5 Millionen Natives 3 - 4 Millionen in den ihnen zugewiesenen Reservaten im Osten von Transvaal und in der Natalprovinz angesiedelt sind und weitere 2 Millionen in der Landwirtschaft beschäftigt sind, so dass diese grosse Masse auf viele Jahre hinaus kaum für die Einreihung in politische Organisationen, die übrigens von der Regierung sofort unterbunden und aufgelöst würden, in Frage kommen. Die politischen Führer der Natives müssen deshalb vornehmlich auf die aktive Unterstützung der Industriearbeiter abstellen, deren Lebensstandard aber in den letzten Jahren bedeutend verbessert wurde. Ein wesentlicher Teil dieser Arbeiter ist aber vor allem am täglichen Verdienst und an der Möglichkeit interessiert, nach einigen Monaten zur Familie in den fernen Landgebieten zurück zu kehren, so dass auch diese Klasse kein verlässliches Instrument für grossangelegte politische Aktionen darstellt. Die "coloured people" die hauptsächlich in der Cape-Provinz angesiedelt sind, und dort in der Landwirtschaft, im Handwerk und zum kleinern Teil in der Industrie arbeiten, sind eine Klasse für sich und werden nicht als politischer Gefahrenherd betrachtet. Die weitaus aktivste Sektion der farbigen Bevölkerung liegt bei den 400,000 Indern, die den Schwarzen an Intelligenz weit überlegen sind, über eine gute Organisation verfügen und eine Politik der gewaltlosen Opposition und der passiven Resistenz verfolgen.

Es kann nicht gesagt werden, dass die politische Führung der Natives trotz ihren 100.000 eingeschriebenen Anhängern über eine wirklich zuverlässige Gefolgschaft verfügt, und ich glaube, dass jede weisse Regierung auf lange Jahre hinaus über die nötigen Machtmittel verfügen wird, um jeden organisierten Aufstand niederzuschlagen und die gesamte farbige Führung auf unbeschränkte Zeit unschädlich zu machen. Es ist erwähnenswert, dass von keiner Regierung je die bewaffnete Ausbildung der farbigen Bevölkerung zugelassen wurde und dass die Farbigen auch im Kriege nur zu unbewaffneten Hilfsdiensten herangezogen wurden. Die Farbigen verfügen deshalb offiziell über keine Waffen und predigen auch nicht den bewaffneten Aufstand oder Widerstand; ihre Stärke liegt in den unbeschränkten menschlichen Reserven, von denen sie bereit sind, hunderttausende zu opfern, um die Masse dadurch allmählich zum politischen Bewusstsein und zur wirklich aktiven Mitarbeit zu bringen.

Wenn ich in diesem Bericht die Friedfertigkeit der Schwarzen unterstrichen habe, so gilt dies nur so lange, als sie von der weissen Regierung und Bevölkerung eine gerechte Behandlung und eine langsame Annäherung an die Rechte der Weissen erwarten können. Die zeitweisen lokalen Unruhen und Gewalttaten haben mit Klarheit gezeigt, dass ein Funke unter gewissen Umständen genügen kann, um die Schwarzen wieder zu Wilden zu machen und Ausschreitungen und Grausamkeiten hervorzurufen, deren Umfang alles bisher dagewesene in den Schatten stellen könnte. Einer der extremen Nativeführer, den wir treffen konnten, hat uns denn auch mit aller Brutalität offene Widerstände und Gewalttaten besonders gegenüber den zahlreichen weissen Siedlern in der Landwirtschaft vorausgesagt, falls Schwere verwendet werden; das gleiche gilt für mittelfristige Kredite, die in den Gemäss der ERG kommen. In weitem Masse ich kleinere Anleihen an erstklassige Goldminengesellschaften als zulässig, vorausgesetzt, dass der Hauptsitz der

die von allen Seiten kritisierte offizielle Politik der Regierung betreffend die gewaltsame Umsiedlung der schwarzen Bevölkerung aus der Umgebung der grossen Städte, besonders in Johannesburg, demnächst wie erwartet zur Durchführung gelangen soll.

Wenn auch solchen Drohungen in Hinsicht auf die Macht der Regierung und ihre Entschlossenheit, jedem Aufstand mit ebenso grosser Härte und Brutalität zu begegnen, kaum ein durchgehender Erfolg in den nächsten Jahren beschieden werden kann, so wird man sich bei gründlicher Prüfung der Sachlage doch der grossen Gefahren bewusst, die dem inneren Frieden drohen. Es würde mich denn auch keineswegs überraschen, wenn es schon in der nächsten Zukunft zu Gewalttaten in den Grossstädten und Umgebung, vor allem in Johannesburg, Port Elizabeth oder East London kommen würde, während solche Gefahren in Capetown und Durban bei der relativ geringen schwarzen Bevölkerung weniger akut zu sein scheinen.

Auf jeden Fall muss in unserer zukünftigen Anlage- und Finanztätigkeit solchen periodisch auftretenden und sich mit der Zeit mehrenden Unruhen Rechnung getragen werden. Im weitern muss mit einem Wachsen der passiven Resistenz im Wirtschaftsleben gerechnet werden, und man kann sich vorstellen, welche Verwirrung eine Politik von Kettenstreiks oder die periodische Lahmlegung des ohnehin prekären Transportwesens, der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung hervorrufen müsste. Noch ist es nicht so weit, weil die Regierung über alle Mittel verfügt, die Organisatoren von solchen und ähnlichen Störversuchen unschädlich zu machen und die grosse Masse unter Druck zu halten. Es ist aber nicht eine Politik der Verständigung und der Befriedung, und es erscheint schwer verständlich, dass eine solche Einstellung schliesslich den gewünschten Erfolg zeitigen wird.

Es kommt ja für die Sicherheit und Beständigkeit von Kapitalanlagen nicht allein auf die Politik einer Regierung oder die Haltung der Opposition an, sondern auf das Vertrauen in die Stabilität des inneren Friedens und der geordneten Entwicklung der Wirtschaft. In dieser Hinsicht sind berechtigte Zweifel am Platze, ob eine so extrem eingestellte Regierung, wie diejenige von Dr. Malan, diese Stabilität ohne grössere Erschütterungen gewährleisten kann.

Inbezug auf unsere eigene Anleihe- und Kredit-Politik gegenüber Südafrika bin ich der Auffassung, dass der Plafond für Anleihen, die nicht eindeutig in den Dienst des schweizerischen Exportes gestellt werden können, erreicht ist und dass bedingungslose Kapitalhingaben tunlichst unterlassen werden sollten. Ich glaube aber nicht, dass die heutigen Verhältnisse dort so pessimistisch beurteilt werden dürfen, dass inbezug auf die Aufrechterhaltung des Anleiheendienstes oder die prompte Rückzahlung bei Verfall Zweifel gerechtfertigt wären. Ich hätte deshalb keine Bedenken, noch eine bis zwei Anleihen für die südafrikanischen Staatsbahnen und die staatlich kontrollierte Elektrizitätsindustrie auszugeben, falls solche Anleihen zur Finanzierung von Käufen von Kapitalgütern in der Schweiz verwendet werden; das gleiche gilt für mittelfristige Kredite, die in den Genuss der ERG kommen. Im weitern erachte ich kleinere Anleihen an erstklassige Goldminengesellschaften als zulässig, vorausgesetzt, dass der Hauptsitz der

Gesellschaften in London eingetragen ist, so dass die direkte Schuldnerschaft oder Verantwortung der englischen Muttergesellschaft erhältlich gemacht werden kann.

Dagegen würde ich Anleihen an Städte oder andere Schuldner, die weder vom Staat noch von England aus garantiert sind, einstweilen zurückstellen.

Schulen für die afrikanische und englische Bevölkerung eingeführt, während die bisherigen gemischten Schulen doch viel zum gegenseitigen Verständnis beitragen. Dass eine solche auf nationalistische Strömungen aufgebaute Immigration und Volksbildung dem Problem der Sicherung der Weissen und einer Verständigung mit den Farbigen nicht förderlich ist, liegt auf der Hand. Ein Es ist bezeichnend für die Politik der Regierung Malan's, dass sie für ihre eigene Härte und Kompromisslosigkeit die entgegenkommende Haltung gegenüber der Natives der Zentralafrikanischen Föderation bzw. der Regierungen von Süd- und Nord-Rhodesien verantwortlich macht. Im Gegensatz dazu befürchtet die rhodesische Regierung anscheinend schädliche Einflüsse auf ihre friedfertige Negerbevölkerung durch die in der Union um sich greifende Agitation der schwarzen Opposition.

Wie ich eingangs erwähnte, kann das Rassenproblem der Union nicht von demjenigen der übrigen Gebiete Afrikas als gänzlich losgelöst betrachtet werden. Es wird in diesem Zusammenhang interessant sein, bei unserem kurzen Besuch in Rhodesien Vergleiche anzustellen und zu eruieren, welche Gegensätze in der Politik das gemeinsame Rassenproblem und demzufolge die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung massgebend beeinflussen können. Unsere Untersuchungen werden vielleicht nützlich sein, unsere Finanzierungs politik auch gegenüber der neuen zentralafrikanischen Politik zu bestimmen. Einstweilen bin ich der Auffassung, dass Anleihen an die Föderation oder grössere Wirtschaftsorganismen nur mit voller Garantie von aussen in Aussicht genommen werden können.

Die Schwierigkeiten sind denn auch unverkennbar und liegen hauptsächlich beim Fehlen von Wasser- und Transportmaterial, während die Frage der Finanzierung bei der rasch

Immigrationsproblem. Dieses Problem ist meines Erachtens neben einer vernünftigen Rassenpolitik im Inneren das Wichtigste, um das Bestehen der weissen Rasse zu sichern, und es ist unverstänlich, dass die Regierung der freien Zuwanderung auch von politisch reinen Ausländern die grössten Hindernisse in den Weg legt. Dr. Malan erklärte uns gegenüber zwar, dass er keine Politik der Diskriminierung zwischen fremden Staatsangehörigen oder Religionen betreibe, dass er aber strikte jede Zuwanderung von unerwünschten Elementen ablehne. Tatsache ist, dass für ungelernete Arbeiter weder in der Industrie noch in der Landwirtschaft grosse Möglichkeiten vorhanden sind, und dass sowohl die Regierung als vereinzelte Grossindustrien in Europa Anwerbungsbureaux für gelernte Arbeiter, Ingenieure, Techniker und gutgeschulte Angestellte und Buchhalter unterhalten. Per Saldo betreibt jedoch die Regierung eine auf calvinistischen Ideen aufgebaute Politik der Einwanderungs-Erschwerung für Katholiken,

Juden und Angehörige der englischen Sprachgebiete im allgemeinen.

Die Politik der Regierung basiert meines Erachtens vor allem auf dem Prinzip des Afrikanertums unter Ausschluss jeder Idee der Zugehörigkeit zu anderen Staaten; so wird neuerdings die Trennung der Volkshausbildung in separaten Schulen für die afrikanische und englische Bevölkerung eingeführt, während die bisherigen gemischten Schulen doch viel zum gegenseitigen Verständnis beitragen. Dass eine solche auf nationalistische Strömungen aufgebaute Immigration und Volkshausbildung dem Problem der Sicherung der Weissen und einer Verständigung mit den Farbigen nicht förderlich ist, liegt auf der Hand. Ein schwarzer Intellektueller, der über die Möglichkeiten einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit den Weissen befragt wurde, stellte die zutreffende Gegenfrage, wie man sich eine solche Zusammenarbeit überhaupt vorstellen könne, wenn es den Weissen nicht einmal gelinge, unter sich selbst einig zu werden.

### Wirtschaft.

Ich bestätige vollauf meinen ersten durchaus günstigen Bericht aus Capetown. Die Wirtschafts- und Industrielage ist gesund und ist im Begriff, sich zusehends weiter zu stärken. Immerhin ist zu bedenken, dass die Wirtschaft eine sehr rasche und zum Teil überstürzte Entwicklung hinter sich hat, die im Falle eines grösseren Rückganges der günstigen Konjunktur im Auslande wahrscheinlich mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen hätte. Nichtsdestoweniger rechnet die Industrial Development Corporation mit einer weiteren Verdoppelung der nationalen Produktion innerhalb der nächsten 10 Jahre, während die Regierung sichtlich weniger optimistisch ist und überall wo sie kann einer weiteren allzu raschen Expansion Einhalt gebietet. Die Schwierigkeiten sind denn auch unverkennbar und liegen hauptsächlich beim Fehlen von Wasser- und Transportmöglichkeiten und bei der Beschaffung von geeignetem Arbeitermaterial, während die Frage der Finanzierung bei der rasch fortschreitenden Kapitalbildung keine unüberwindlichen Hindernisse bieten sollte. In Anbetracht dieser Sachlage machen die Staatsbahnen, die anderen öffentlichen Transportanstalten sowie die Elektrizitätsindustrie gewaltige Anstrengungen, durch den Ausbau des Eisenbahn- und Strassennetzes und den Bau von Stauseen und Kraftwerken die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Insgesamt hat dieses Land mit seiner nur 2,5 Millionen zählenden weissen Bevölkerung und seinen 472,494 Quadratmeilen Flächeninhalt in den letzten 25 Jahren und besonders seit Kriegsende Ungeheures geleistet, das jede Anerkennung verdient, und man kann sich füglich fragen, welches andere Land unter den gleichen Verhältnissen ähnliches zustande gebracht hätte.

Es kann nur gehofft werden, dass die Rassenfrage, welche für die wirtschaftliche und politische Zukunft des Landes ausschlaggebend und unbedingt bestimmend ist, recht-

zeitig in Bahnen geleitet wird, um das Bestehen des Landes unter weisser Oberhoheit wenigstens für einige weitere Jahrzehnte sicherzustellen. Es liegt auf der Hand, dass im Falle eines neuen Weltkrieges die Gefahr von aussen und von innen sich rasch vergrössern würde und dass alsdann mit Entwicklungen gerechnet werden müsste, die heute nur geahnt werden können. Die allgemeine Kriegsgefahr darf deshalb in der Beurteilung des Union und ihres Bestandes in einer weiteren Zukunft nicht ausser Acht gelassen werden.

=====